

(Präsident.)

- (A)
1. des Adolf Matthes in Oberhainlaue wegen eines Schadenersatzanspruchs,
 2. des Ernst Jonas in Medaschütz um Erhöhung der Brandversicherungseinschätzung für sein Grundstück,
 3. des Fleischermeisters und Gasthofsbesizers Julius Wehnert in Schlungwitz wegen einer Rechtsstreitigkeit,
 4. ungenannter Frauen wegen der Gebühren der Hebammen,
 5. des Hugo Steinbach in Langenchursdorf wegen eines Schadenersatzanspruchs,
 6. des Hermann Krumbholz in Mhlau wegen Wahrung seiner Interessen gegenüber dem Sächsisch-Thüringischen Webereiverband,

sowie die Beschwerde des Ernst Otto und Paul Fischer in Borna bei Chemnitz, als Vertreter des Karl Traugott Fischer, dort, gegen das Verfahren der Königl. Amtshauptmannschaft Chemnitz in einer Wertzuwachssteuerfache.

Präsident: Die Anzeige ist gedruckt und verteilt worden.

(Nr. 720.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über Kap. 29 des ordentlichen Staatshaushalts-Stats für 1912/13, Landtagskosten betr.

(B) (Nr. 721.) Bericht der Rechenschaftsdeputation über das Königl. Dekret Nr. 8, betreffend den Bericht über die Verwaltung der Landes-Brandversicherungsanstalt in den Jahren 1908 und 1909.

(Nr. 722.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über Kap. 78 des ordentlichen Staatshaushalts-Stats für 1912/13, Land-, Landes-kultur- und Alters-Rentenbank betr.

(Nr. 723.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation B über die Petitionen der Gemeinde Rammernau und Genossen um Anschluß an das sächsische Eisenbahnnetz und des Gemeinderats zu Bretnig und Genossen um Erbauung einer Industriebahn.

(Nr. 724.) Desgleichen über die Petitionen des Stadtgemeinderats zu Siebenlehn und der Gemeinderäte zu Breitenbach und Obergruna um teilweise Verlegung der Eisenbahnlinie Rössen-Freiberg und Errichtung einer Güter- und Personenhaltestelle möglichst nahe an Siebenlehn.

(Nr. 725.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Arbeiters Michael Domaschke in Loga — Amtsh. Baußen — um Erteilung der Genehmigung, daß seine Tochter die katholische Schule in Storchau besuchen darf.

(Nr. 726.) Desgleichen über die anderweite Petition des Fabrikarbeiters Paul Ahlemann in Waldheim um Gewährung einer Freistelle für seinen in

der Königl. Blindenanstalt zu Chemnitz-Altendorf untergebrachten Sohn.

(Nr. 727.) Desgleichen über die Petitionen

1. der Vorsteher und Vorsteherinnen Leipziger Privatmädchenschulen,
2. der gleichen Petenten (insbesondere wegen vorläufiger Anerkennung der preussischen Oberlehrerinnen in Sachsen),
3. des „Landesvereins für das Königreich Sachsen“ (Zweigvereins des „Bundes privater deutscher Mädchenschulen“),
4. des Oberstleutnants a. D. Rudolf Agricola in Dresden und Genossen und
5. des Geh. Rates Professors UDr. Windisch in Leipzig und Genossen

zum Gesetze über das höhere Mädchenbildungswesen vom 16. Juni 1910 und zu der dazu erlassenen Ausführungsverordnung mit Lehr- und Prüfungsordnung vom 8. Dezember 1910.

Präsident: Diese sämtlichen Anträge Nr. 720 bis 727 kommen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 728.) Anzeige der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die für unzulässig erklärte Petition von Wilhelm Fichtner und Emil Schubert in Heidelberg um Wiedererteilung der Schankkonzession auf das Gasthofsgrundstück im Ortsteile Oberheidelberg.

Präsident: Die Anzeige wird gedruckt und verteilt werden.

(Nr. 729.) Ständische Schrift über die Petition des Gewerbevereins zu Bärenstein und Genossen um Neubau des Bahnhofsgebäudes zu Bärenstein und Verbesserung der Ladeverhältnisse daselbst.

(Nr. 730.) Ständische Schrift über den durch das Königl. Dekret Nr. 33 vorgelegten Gesetzentwurf über die Anstaltsfürsorge an Geisteskranken.

(Nr. 731.) Ständische Schrift über das Königl. Dekret Nr. 41, einen Nachtrag zu dem ordentlichen Staatshaushalts-Stat für die Finanzperiode 1910/11 und einen Nachtrag zu dem Finanzgesetze auf die Jahre 1910 und 1911 betr.

Präsident: Diese drei Ständischen Schriften liegen in der Kanzlei aus.

(Nr. 732.) Protokollauszug der Ersten Kammer über

1. den durch das Königl. Dekret Nr. 11 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen von Landesgesetzen über die freiwillige Gerichtsbarkeit,
2. den Antrag des Abg. Dr. Mangler und Genossen, betreffend Erweiterung der Zuständigkeit der Gerichtsschreiber auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit,